

Abonnement: für Berlin vierteljährlich 6 M 75 P., für das deutsche Reich und ganz Oesterreich 9 M incl. der Postbeförderungsgebühren. Bestellungen nehmen an die Expedition, W. (B), Mohrenstraße 59, und sämtliche Postanstalten.

National-Zeitung.

Inserate. — Die Zeitungs-
Morgen-Ausgabe 4-gespalten 40 P. — Columnen
resp. deren Theile 300 M u. f. w.
Abend-Ausgabe 3-gespalten 60 P. — Columnen
3-gespalten 1 M 50 P. — Columnen 450 M u. f. w.

Deutscher Reichstag.

11. Sitzung vom 18. März.

1 Uhr. Am Bundespräsidium: von Völkner, Dr. v. Schelling und Andere.

Der zünftigen dem Reich und Serbien am 3. Inst. v. S. zu Berlin abgeschlossene Vertrag betr. den gegenseitigen Schutz der gewerblichen Muster und Modelle wird ohne Debatte in erster und zweiter Lesung genehmigt.

Die erste Beratung des Gesetzentwurfs betr. den Verkehr mit Blei- und glühartigen Gegenständen wird eingeleitet durch den

Director im Reichsgesundheitsamt Köhler: Von den Metallen, welche bei der Herstellung von Sp- und Kochgeschirr und sonstigen Gegenständen verwendet werden, verdient das Blei vom gesundheitlichen Standpunkte aus eine besondere Beachtung. Das Blei ist an sich ein gefährliches Gift, um so gefährlicher, als es nicht nur giftig wirkt, wenn es in größerer Menge auf einmal dem Körper zugeführt wird, sondern auch im Laufe der Zeit, in kleinen Mengen, allmählich zugeführt, nicht allmählich zur Wirkung zu gelangen, sondern sich im Körper anzuheften und dann, wenn ein genügend großes Quantum vorhanden ist, voll und ganz in Wirksamkeit zu treten. Von dem Standpunkte aus könnte man versucht sein, ein unbedingtes Verbot der Verwendung von Blei für die von mir angeführten Gegenstände zu beschließen. Das geht aber aus technischen Gründen nicht an. Das Blei eignet sich vermöge seiner Eigenschaften nicht für ein anderes Metall zu Metalllegierungen. Es wird daher notwendig sein, auf ein Kompromiß zwischen dem Interesse der öffentlichen Gesundheit und dem der Gewerbetreibenden hinzuwirken. Erst in jedem Staat des deutschen Reichs ist der Gegenstand mehr oder weniger durch Bestimmungen geregelt worden. Allein die Bestimmungen weichen von einander ab und scheinen zuweilen nicht den Gegenstand zu treffen, den sie treffen sollen. Auch von Seiten der betreffenden Industriellen wird Verbot auf eine einheitliche Regelung gelegt, da man meint, daß bei dem gegenwärtigen Zustande der Unreinlichkeit des Bleis diejenigen haben, welche sich am wenigsten um die Bestimmungen kümmern. Die wissenschaftlichen Ansichten darüber, welcher Grad von Bleigehalt gesundheitsgefährlich ist, sind noch verschieden. Durch die hier vorgeschlagenen Bestimmungen wird hoffentlich eine vermehrte Verwendung von Zinn, das bei Weitem weniger gefährlich ist als das Blei, herbeigeführt. Der Entwurf ist im Eintritte der verbündeten Regierungen Gegenstand eingehender Erörterungen gewesen. Vom Gesundheitsamt sind dazu technische Erfahrungen ausgearbeitet worden, welche sich bereits im Druck befinden und demnächst dem Hause oder der Kommission, welcher der Entwurf vorzulegen ist, übergeben werden, zugleich wird.

Abg. Salsch (Kons.): Der vorliegende Entwurf will die bestehende Unklarheit auf diesem Gebiete beseitigen, welche durch die verschiedenen Bestimmungen in den Einzelstaaten besteht. Man darf hoffen, daß das Vorgehen Deutschlands auch die übrigen Staaten veranlassen wird, in gleicher Weise vorzugehen. Auch schon vom Gesichtspunkte der öffentlichen Gesundheitspflege aus muß man dem Entwurf sympathisch gegenüberstehen. Zur Prüfung der einzelnen Bestimmungen wird es sich jedoch empfehlen, den Entwurf einer Kommission zu überweisen; ich beantrage daher namens meiner politischen Freunde die Verweisung desselben an eine Kommission von 21 Mitgliedern.

Abg. Goldschmidt (Frp.): Ich stimme den Ausführungen des Berichters der verbündeten Regierungen bezüglich der Gefährlichkeit des Bleis vollständig zu und habe auch im Großen und Ganzen gegen seine Ausführungen nichts einzuwenden. Aber ich kann doch die Befürchtung nicht unterdrücken, daß der Entwurf wahrscheinlich die gegenwärtige Wirkung von dem ausüben wird, was beabsichtigt ist. Ich fürchte, daß den lästlichen Bestrebungen der Gewerbetreibenden auf diesem Gebiete ein gewisser Einhalt getan wird, wenn man hier den zulässigen Gehalt auf 10 Theile Blei festsetzt. Dann muß ich mich gegen den § 1 wenden, welcher in der heutigen Fassung sehr ungenau ist. Es geht nicht daraus hervor, ob die bleiernen Wasserleitungsröhren verboten sein sollen; diese haben sich bisher als nicht gesundheitsgefährlich erwiesen. Da die Bestimmungen sehr schwach sind, so muß diesem Paragraphen eine ganz prägnante Fassung gegeben werden, welche alle Mängelbeseitigung ausbleibt. Ich finde die Bestimmungen überhaupt etwas schwach, aber ich will dagegen nichts einwenden, weil ich mir sage, diese sind besser als nachlässige Bestimmungen, welche der polizeilichen Willkür Thür und Thor öffnen. Wie weit die Gewerbetreibenden von diesem Gesetz berührt werden, läßt sich heute noch nicht übersehen. Ich möchte Sie bitten, den Gesetzentwurf einer Kommission von 14 Mitgliedern zu überweisen.

Abg. Boerumann (Nl.): Ich schließe mich dem Antrag auf Verweisung des Entwurfs an eine Kommission an. Wenn man auch dem Gesetz sympathisch gegenübersteht, so sind doch manche Punkte vorhanden, welche einer Prüfung bedürfen. Einer dieser Punkte betrifft den Handel, welcher mit überseeischen Ländern getrieben wird. Der Handel kommt in Asien, welche mit Blei angelegt sind, hierher, und sie werden sowohl in China wie in Kalifornien und Japan eingeführt. Ich glaube, es würde sehr schwer sein, von Seiten der deutschen Regierung vorzuschreiben, daß diese Originalverpackung nicht mehr beibehalten werden dürfte. Es ist auch nicht möglich, daß von deutscher Seite den Produzenten in überseeischen Ländern beizubringen gemacht werden können, weil diese ja auch nach anderen Ländern exportieren. Ich glaube, daß es in Bezug hierauf auch nicht genügen würde, wenn man die Verkaufsfreiheit des Gesetzes einige Jahre hinauschieben würde. Ein zweiter Punkt betrifft die Konservisten, bei deren Herstellung die Sache ähnlich liegt, wie bei den Theefässen. Auch dieser Punkt wird in der Kommission eingehend erörtert werden müssen.

Director im Reichsgesundheitsamt Köhler: Was die Konservisten betrifft, so wird der Gesetzentwurf dieser Angelegenheit so weit wie möglich entgegenkommen, indem er nicht einmal vorschreibt, wie es in anderen Staaten, z. B. in Frankreich, der Fall ist, daß diese Büchsen überhaupt nicht geladet, sondern einfach zusammengepackt werden dürfen, sondern er läßt auch an der Innenseite der Konservistenbüchsen noch Bohrung zu und verlangt nur, daß dabei nicht mehr als 10 Prozent Blei verwendet wird. Was die Theefässen anbelangt, so kann ich dem Berichterstatter erwidern, daß gerade ein Abnehmer, welcher solche bezieht, auch in der Lage sein wird, seinen Lieferanten Vorschriften zu machen. Ähnlich lag die Sache auch beim Petroleum, wo man ebenfalls glaubte, mit den bestehenden Bestimmungen nicht auskommen zu können, während sie sich nachher ganz gut bewährt haben. Auf die Ausführungen des Abg. Goldschmidt ist zu erwidern, daß die Bleiröhren von dem vorliegenden Gesetzentwurf nicht berührt werden. Dann hat sich der Abg. Goldschmidt in einem Widerspruch verwickelt, indem er sagte, daß § 1 zu viel Freiheit gewähre, während er vorher meinte, er glaube, das Gesetz sei zu schwach. Ich glaube, der Entwurf wird wohl die richtige Mitte halten.

Abg. Kalle (Nl.): Ich glaube, daß eine Verschärfung der Bestimmungen, wie sie hier vorgeschrieben wird, dringend erzwungen ist. Ich bin auch der Meinung, daß die Vorschläge, die hier gemacht werden, wohl geeignet sind, den Zweck zu erreichen, den man im Auge hat. Etwas bedenklich erscheinen mir jedoch die Vorschriften des § 2. Wie sollen sich Händler mit Nahrungsmitteln verhalten, die mit Blei vergiftet sind, mit welchem Apparat die Konservistenbüchsen hergestellt sind? In der Kommission wird ja Gelegenheit sein, auf diese Sachen näher einzugehen.

Abg. Goldschmidt: Der Vertreter der verbündeten Regierungen scheint mich mißverstanden zu haben. Ich habe gesagt, daß ich nur fürchte, daß die Gewerbetreibenden in dem Bestreben, möglichst wenig Blei zu verwenden, nachlässig werden, wenn ge-

haltet ist, 10 Proz. Blei zu verwenden. Ich erklärte die Bestimmungen für schwach, habe aber hinzugefügt, daß ich das für besser halte, als unsichere Bestimmungen.

Abg. Boerumann: Dem Vertreter der verbündeten Regierungen möchte ich nur erwidern, daß es sich mit Thee doch etwas anders verhält, als mit Petroleum. Ich glaube nicht, daß wir auf China und Japan in Bezug auf die Theefässen irgend welchen Einfluß ausüben können.

Der Gesetzentwurf wird einer Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfs, betr. die Abänderung des Reichsbeamtengesetzes.

Abg. Hahn (Niedsch.): Meine Freunde und ich halten den Gesetzentwurf in der Hauptsache für begründet. Wir halten es für berechtigt, daß Dienstbeamte, welche ihrer Natur nach steigend und fallend sind, nach ihrem durchschnittlichen Betrage während der drei letzten Etatsjahre, nicht wie bisher während der drei letzten Kalenderjahre, vor Festlegung der Pension zur Anrechnung gelangen, weil der Etat nicht nach dem Kalenderjahre festgestellt wird. Ferner sind wir mit der Bestimmung des Gesetzentwurfs einverstanden, daß die oberste Reichsbehörde die Befugnis der Bestimmung darüber, ob und zu welchem Zeitpunkt dem zünftigen eines Beamten auf Verlegung in den Ruhestand stattzugeben ist und welche Pension ihm zusteht, auf die höhere Reichsbehörde übertragen kann. So weit über die Fassung einiger Bestimmungen des Gesetzentwurfs noch ein Zweifel bestehen kann, wird sich dieser leicht in der zweiten Lesung beseitigen lassen, ohne daß eine Kommissionsberatung notwendig ist. Ich beantrage deshalb namens meiner politischen Freunde, die zweite Lesung ohne Kommissionsberatung im Plenum vorzunehmen.

Dagegen erhebt sich kein Widerspruch, die zweite Lesung findet also im Plenum statt.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfs betr. die unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfindenden Gerichtsverhandlungen.

Staatssekretär Dr. von Schelling: Die gegenwärtige Vorlage löst das Prinzip der Öffentlichkeit der Gerichtsverhandlungen unter, sie beschäftigt sich nur mit den Konsequenzen, welche eintreten, wenn das Gericht im einzelnen Falle beschloffen hat, die geschlossenen Thüren zu verhängen. Diese Konsequenzen werden, wie ich nicht verhehlen kann, erheblich verschärft und ich muß die Frage als berechtigt anerkennen, woher das Bedürfnis entstanden sei, das Gerichtsverfahrensgesetz in diesem Punkte einer prinzipiellen Abänderung zu unterziehen. Ich habe darauf zu antworten, daß Erfahrungen hervorgerufen sind, auf welche bei Abfassung der Reichsjustizgesetze nicht gerechnet werden konnte. Zunächst hat sich im Publikum eine Vorliebe für die Festsetzung gerichtlicher Verhandlungen in einem Maße eingebürgert, daß selbst angelegene Zeitungen der Befriedigung dieses Bedürfnisses sich nicht ganz entziehen konnten. (Sehr richtig!) Nun pflegt aber ein derartiges Censurverbot für vor geschlossenen Thüren nicht Halt zu machen, sondern darin erst recht den Anreiz zu seiner Verwirklichung zu finden. Ich kann in dieser Beziehung verweisen auf die Erfahrungen, die gemacht worden sind bei dem viel besprochenen Prozeß, der vor 14 Jahren beim hiesigen Landgericht I verhandelt worden ist, auf welche Verhandlung ich Bezug nehmen als Beweis für die Unausführbarkeit der einmal im Publikum erwachten Neugier. Im übrigen will ich das Vergnügen, welches damals durch die Zeitungsberichte gegeben worden ist, nicht dem bestehenden Recht allein überlassen, ich muß vielmehr anerkennen, daß das damals beobachtete Verfahren, zu einer geheimen Gerichtsverhandlung offizielle Vertreter der Presse zuzulassen, ein ungewöhnliches war, und ich beuge auch nicht die Befürchtung, daß das Verfahren in dieser Form sich in der nächsten Zeit wiederholen werde. Allein wenn auch die bequeme Art der Berichterstattung künftig verschollen wird, so werden doch, wenn sich wiederum Szenen von ähnlicher Spannbarkeit hinter verschlossenen Thüren abspielen, die dem Publikum dienenden Reporter andere Mittel und Wege finden, um der Geheimhaltung derselben entgegenzukommen. Wenn sich auch die angeführten Zeitungen daran nicht beteiligen, so dürfen wir doch das Auge nicht der Thatsache verschließen, daß wir auch eine Reihe von Blättern besitzen, die einen Theil ihres Leserkreises gerade dadurch zu fesseln suchen, daß sie Gerichtsverhandlungen anstößigen Inhalts in ihre Spalten aufnehmen, regelmäßig allerdings mit einer gewissen Verschönerung, die aber mehr zur Ausmalung als zur Verhüllung dient. Unter allen Umständen ist es ein Mißstand, daß Verhandlungen, die von Gerichten wegen ihres unrichtigen Inhalts unter Sperre gelegt sind, in der Presse ungehemmt veröffentlicht werden können. § 84 des Strafgesetzbuchs bietet hier keine Schutzwehr, da er nur bei den größten Unzulänglichkeiten angewendet werden kann.

Das sind aber nicht die einzigen Unzulänglichkeiten, welche an dieser Vorlage dem Grund liegen. Handelte es sich nur um Wahrung des öffentlichen Ansehens, so würde man vielleicht mit dem Verbot der Berichterstattung durch die Presse auskommen. Es sind aber auf einem andern Gebiet öfters bedauerliche Erfahrungen gemacht worden, welche den verbündeten Regierungen die Pflicht auferlegen mußten, die Wahrung des gerichtlichen Geheimnisses bis zu den Vorschlägen dieses Entwurfs zu erweitern. Unsere Streitkräfte zu Wasser und zu Lande, ihre Einrichtung und Ausrüstung, sind Gegenstand einer unvollständigen systematischen Aufklärung. Wegen solcher Aufklärungen sind in den letzten Jahren mehrfach Personen vor das Reichsgericht gestellt und wegen Landesverrats verurtheilt worden. Diese Verurtheilungen haben der fortbestehenden Gefahr gegenüber allerdings nur die Bedeutung, daß damit eine oder die andere Maßnahme in einem Reich geschnitten werden ist, dessen Miß wieder veranschaulicht werden kann. Aber sie sind ein heftiges Symptom für die Beliebigkeit und Unzulänglichkeit, mit welcher durch die Auskundschafter das Reich geleitet und betrieben wird, und für die großen Geldmittel, welche in diesem Dienst ihre Verwendung finden. Sie enthalten deshalb die Mahnung zur äußersten Vorsicht, daß wir den auf uns verfallenden Spähern keine Wege darbieten. Nun hat es sich bei den letzten, vor dem Reichsgericht verhandelten Prozessen — ich kann ja die Namen nennen — gegen den dänischen Kapitän Sarrau und den früheren Reichsleutnant Brohl, um die intimsten Vorgänge und Versuche beim Meer und der Marine gehandelt. Es wurden dabei mehrere Offiziere als Sachverständige vernommen. In beiden Fällen war die Öffentlichkeit ausgeschlossen. Nichtsdestoweniger sind über den Prozeß Sarrau drei Artikel in den Zeitungen abgedruckt. In Bezug auf den Prozeß Brohl ist dies meines Wissens nicht der Fall gewesen. In beiden Prozessen sind aber die Gründe der verurtheilenden Entscheidung, welche nach dem bestehenden Recht öffentlich verkündigt werden mußten, in den Zeitungen veröffentlicht worden. Dadurch sind erhebliche Interessen des deutschen Reichs in der empfindlichsten Weise geschädigt worden. Nun ist es mir ja bekannt, daß vielfach die Ansicht vertreten wird, der Vorhängende des Gerichtsverfahrens könne sich bei Verkündigung der Gründe einer weisen Beschränkung unterziehen und auf diese Weise vermeiden, daß sicherheitsgefährdende Thatsachen in die Öffentlichkeit gelangen. Allein auch eine bloß anekdotenhafte Bezeichnung unserer militärischen Geheimnisse würde bei den Interessenten, welche kein Mittel scheuen, um hinter militärische Geheimnisse zu kommen, ein Ansporn zur weiteren Nachforschung sein. Uebrigens kann ich auch die erwähnte Meinung nicht für richtig halten. Nach den Bestimmungen der Strafprozessordnung, wonach die mündliche Verhandlung ein Surrogat für die schriftliche Urtheilsgründe bilden soll, kann jene Meinung meines Erachtens nicht aufrecht erhalten werden. Verurtheilungen wegen Landesverrats machen es unter allen Umständen nöthig, daß bei der Urtheilsverkündigung diejenigen geheimen Thatsachen mitgetheilt werden, durch deren Verrath das Verbrechen begangen ist.

Nun glaube ich keinem Widerspruch zu begegnen, wenn ich die Ansicht verlaute, die Handhabung der Strafsjustiz kann in keinem Fall in Formen bleiben, durch welche das gefördert wird, zu dessen Repression die Strafsjustiz da ist. Einer solchen Selbstzerstörung muß unter allen Umständen vorgebeugt werden, und es dürfen selbst einschneidende Mittel zu diesem Zweck nicht gescheut werden. Die verbündeten Regierungen haben übrigens dem richterlichen Ermessen keine Fesseln anlegen wollen. Es soll vielmehr der eigenen Beurtheilung des Gerichtes in jedem einzelnen Fall überlassen bleiben, ob das Gericht den bei der Verhandlung anwesenden Personen die Gründe der Verurtheilung mittheilt, ob es die Urtheilsgründe öffentlich oder nicht öffentlich verkündigt. Das sind die für die verbündeten Regierungen leitenden Motive, und ich hoffe, daß sie die Unterstüßung des hohen Hauses finden. (Beifall.)

Abg. Mintelen (Centr.): Es ist nicht zu bestreiten, daß in einzelnen Fällen Berichte über geheime Gerichtsverhandlungen in der Presse veröffentlicht werden, die allgemeine Mißstimmung in der gebildeten Welt hervorzuerufen haben. Man will dem nun entgegenzutreten, indem man Berichte über geheime Gerichtsverhandlungen unter Strafe stellen und auch bei Verkündigung der Urtheilsgründe die Ausschließung der Öffentlichkeit auferlegen will. In der That ist die öffentliche Verkündigung der Urtheilsgründe, falls nur die Urtheilsformel öffentlich verkündet wird, nicht durchaus nöthig. Dafür ist der beste Beweis, daß auch bei unseren wichtigsten Gerichten, den Schwurgerichten, nur die Urtheilsformel zur öffentlichen Verkündigung gelangt. Diesem Theile der Vorlage konnte ich also bedingt zustimmen. Was den anderen Theil derselben betrifft, so liegt bereits jetzt die Möglichkeit vor, überall wo eine Gefährdung der öffentlichen Ordnung, der Sittlichkeit oder der Staatssicherheit vorliegt, die Öffentlichkeit vollkommen auszuschließen. Nach der Vorlage will man aber jede Veröffentlichung über solche Verhandlungen unter Strafe stellen, selbst dem Angeklagten sollen Mittheilungen darüber unterjagt werden. Damit würde man indeß dem Verurtheilten die Möglichkeit nehmen zu appelliren, da er sich mit keinem Dritten über seinen Prozeß in Verbindung setzen darf. So darf dieser Punkt also keineswegs angenommen werden. Es würde da vollständig genügen, wenn man die Berichterstattung in der Presse über nicht öffentliche Verhandlungen unter Strafe stellte. Indes wird es vielleicht in der Kommission möglich sein, auch für den ersten Punkt eine nicht anstößige Fassung zu finden. Mit einer Bestimmung dieser Vorlage kann ich mich aber keineswegs befassen. Man will auch bei Anstößen der Öffentlichkeit die Dienstausführung der Richter einer Verhandlung bei, so liegt gerade dann, wenn die Verhandlungen nicht öffentlich sind und Berichte darüber unter Strafe gestellt sind, die Gefahr psychologisch um so näher, daß der Richter sich durch die Unwissenheit des Angeklagten wird beeinflussen lassen. Ich beantrage Verwerfung der Vorlage an eine Kommission von 14 Mitgliedern.

Abg. Altmann (Kons.): Im Namen meiner politischen Freunde habe ich zu erklären, daß wir diesem Gesetzentwurf gegenüber noch wie vor auf demselben Standpunkt stehen. Das Prinzip der richterlichen Unabhängigkeit wollen wir damit keineswegs aufgeben. Die Bestimmungen über die Geheimhaltung der Gerichtsverhandlungen bedürfen einer Aenderung, und eine solche ist nur auf geistlichem Wege möglich. Die Bedenken des Herrn Vorredners beweisen mir, wie nöthig es ist, den Gesetzentwurf in einer Kommission vorzubereiten, und ich schließe mich dem Antrag auf Verweisung an eine Kommission von 14 Mitgliedern an. Die Geheimhaltung der Gerichtsverhandlungen kann im Interesse der öffentlichen Sittlichkeit und öffentlichen Ordnung durchaus nöthig sein. Die einzelnen Bedenken, die gegen verschiedene Bestimmungen des Entwurfs vorgebracht sind, werden sich in der Kommission erledigen lassen.

Abg. Dr. Meyer (Zent, ul.): Der Staatssekretär hat bereits hervorgehoben, daß der Grundlag der Öffentlichkeit durch dieses Gesetz nicht berührt wird. Das vorliegende Gesetz hat lediglich das Ziel, für Fälle, wo auch jetzt bereits die Öffentlichkeit ausgeschlossen ist, etwas strengere Bestimmungen zu geben, als sie in unserem bisherigen Recht enthalten waren. Im Großen und Ganzen kann ich mich mit den Ausführungen meiner Vorredner einverstanden erklären. Ich erkenne ein Bedürfnis der Aenderung der jetzigen Bestimmungen an, bin aber ebenfalls der Meinung, daß der vorliegende Entwurf doch zu einer Reihe von Bedenken und Zweifeln Anlaß gibt, und daß diese nur in einer Kommission erledigt werden können. Mit der Zahl von 14 Mitgliedern bin ich einverstanden, da bei einer lediglich juristischen Frage eine kleinere Kommission um so besser arbeiten wird. Zu diesem Entwurf haben nun einmal Veranlassung gegeben eine Anzahl von Hoch- und Landesverratsprozessen, in denen es sich wesentlich um militärische Geheimnisse handelte. Ich erlaube mir die Nothwendigkeit einer Aenderung des bestehenden Rechts vollkommen an, wenn mit den bisherigen Bestimmungen kommen wir nicht mehr aus. Andererseits sind maßgebend gewesen eine Anzahl von Fällen, wo es sich um Verbrechen gegen die Sittlichkeit gehandelt hat. Da muß ich allerdings sagen, daß ich das Bedürfnis nicht in dem Maße anerkennen kann, wie es die Motive dieses Entwurfs thun. Es läßt sich nicht leugnen, daß in einer Reihe von Fällen, wo sich praktisch große Unzulänglichkeiten herausgestellt haben, namentlich in dem einen, auf den die Motive Bezug nehmen, schließlich auch auszukommen gewesen wäre mit einer engeren und besseren Handhabung der Befugnisse, welche bereits die bestehende Gesetzgebung giebt. Das hat der Staatssekretär selbst bis zu einem gewissen Grade anerkannt, indem er das Verfahren in diesem Fall ein ungewöhnliches nannte.

Im Einzelnen sind es wesentlich vier Aenderungen, welche dieser Gesetzentwurf in unser geltendes Recht einführen will. Zunächst soll künftig nur die Verkündigung der Urtheilsformel öffentlich erfolgen, während bisher auch die Entscheidungsgründe veröffentlicht werden mußten. Das für diese Aenderung unter Umständen ein Bedürfnis existiren kann, ist zuzugeben, da namentlich in den Hoch- und Landesverratsprozessen, wo es sich um militärische Geheimnisse handelt, in der That die Sicherheit des Staates dadurch gefährdet werden kann, daß das ganze Urtheil öffentlich verkündet wird. Es erfolgt ja, wie schon der Abg. Mintelen bemerkte, auch bei den Schwurgerichten keine Verkündigung der Entscheidungsgründe. Im übrigen kann ich ja konstatiren, daß auch nach der Ansicht der verbündeten Regierungen diese Ausschließung der Öffentlichkeit der Urtheilsgründe lediglich eine fakultative sein soll, daß also das Gericht die Möglichkeit besitzt, auch wenn die Öffentlichkeit der Verhandlung ausgeschlossen ist, doch die Urtheilsgründe nachher öffentlich zu verkündigen. Es wird ja darüber in der Kommission zu sprechen sein, ob das vielleicht in der Formulierung des betreffenden Paragraphen noch deutlicher zum Ausdruck gebracht werden soll.

Der zweite Punkt bezieht sich auf den § 175 des Art. I. und Art. II. Nach dieser Bestimmung soll die Öffentlichkeit bestehen. Das Gericht gewissen Personen, die bei der Verhandlung anwesend sind, also Parteien, Zeugen, Sachverständigen u. s. w. die Verpflichtung auferlegt, bestimmte Theile der Verhandlung geheim zu halten, sofern von dem Angeklagten eine Gefährdung der Staatssicherheit zu befürchten ist. Ich erkenne an, daß auch in dieser Beziehung eine Aenderung des bestehenden Rechts nöthig ist, wenn ich auch der Meinung bin, daß der betreffende Paragraph vielleicht etwas anders und etwas genauer präzisirt werden könnte, da die Worte „Gefährdung der Staatssicherheit“ in der That ein hiesigen

sehr allgemein gehalten sind. Wenn der Kollege Minister die Frage erregt, ob dadurch auch ausgeschlossen wäre, daß man etwa Mittheilungen an den Verteidiger mache, so liegt das wohl nicht in der Absicht des Gesetzgebers; indessen wird sich auch in dieser Beziehung eine präzisere Formulierung finden lassen.

Der dritte Punkt ist der, daß die Zulassung einzelner Personen zu den nicht öffentlichen Verhandlungen, die bisher zulässig war, künftighin ausgeschlossen sei. Nach den Motiven sollte dadurch nicht ausgeschlossen werden, daß etwaige Sicherheitsbeamte, das Begleitpersonal oder getreue Bedienstete der Angeklagten zugegen sein könnten; es ist ja richtig, daß in dieser Beziehung auch etwas zu weit gegangen ist. Es ist ja richtig, daß in einem vorher erwähnten Falle dadurch sich große Unzulänglichkeiten herausgestellt haben, daß man namentlich die Vertreter der Presse in die nicht öffentlichen Verhandlungen zugelassen hat und dadurch große Verwirrung in die Sitzung kam. Das lag doch aber lediglich daran, daß die betreffende Befugnis des Vorsitzenden nicht entsprechend gehandhabt worden ist. Deshalb glaube ich, sollte hier allenfalls mit dem bestehenden Recht auszukommen sein. Ein Vorbehalt wäre, ob nicht vielleicht zweckmäßiger die Zulassung einzelner Personen, die doch unter Umständen wünschenswerth sein kann, statt in die Hände des Vorsitzenden, in die Hände des Gerichts gelegt würde. Dieses wird das geeignete Organ sein, zu beurtheilen, ob vielleicht von diesem Ausschluß der Öffentlichkeit wieder besondere Ausnahmen gemacht werden können. Das Gericht wird auch leichter dem Antrage einzelner Personen um Zulassung zu den Verhandlungen Widerstand leisten können.

Der letzte Punkt ist Artikel III des Entwurfs, wonach künftig bei nicht öffentlichen Verhandlungen jeder Bericht in der Presse ausgeschlossen werden soll. Ich gehe zu, daß diese Bestimmung namentlich das Unbehagen notwendig ist, was es sich um die Staatsicherheit handelt und besonders militärische Geheimnisse, der Marine etc. in Frage kommen. Im Uebrigen aber, glaube ich, geht der Artikel zu weit und es wird in der Kommission eine entsprechende Modifikation namentlich im Interesse wissenschaftlicher Erörterungen aufzusuchen sein. Es kann aber das Bedürfnis, die Veröffentlichung in der Presse zu lassen, auch in anderen Fällen vorhanden sein, namentlich, wenn jemand in seinem eigenen Interesse den Wunsch hat, derartige Berichte in die Öffentlichkeit gelangen zu lassen. Ich kann mir z. B. den Fall denken, daß jemand wegen Sittlichkeitsverbrechen unter Verurtheilung steht, daß dann sich herausstellt, daß es sich nur um einen Verfehlungsbefehl handelt. Unter diesen Umständen kann der Angeklagte ein großes Interesse daran haben, daß wirklich ein Bericht über die Verhandlung in die Öffentlichkeit gelangt und nicht etwa bloß das Urtheil öffentlich verkündet wird, weil ja aus der bloßen Verkündung der Urtheilsformel man nicht erfahren kann, aus welchen Gründen die Freisprechung erfolgt ist.

Was endlich die Frage betrifft, welche der Abg. Rintelen noch hervorgehoben hat in Bezug auf die Dienstaufsicht, so muß ich meinerseits erklären, daß, selbst wenn der Absatz 2 des § 178 in der vorliegenden Form angenommen werden sollte, dadurch meiner Ansicht nach die Bestimmung in § 195 des Gerichtsverfassungsgesetzes, wonach Verurtheilung und Abweisung in nicht öffentlichen Verhandlungen vorgenommen wird, in keiner Weise berührt werden würde. Insekten wird es immerhin zweckmäßig sein, dies in der Kommission klar zu stellen. Im Uebrigen bin ich mit den Ausführungen des Abg. Rintelen vollkommen einverstanden. Auch ich will ganz und vollkommen die Unabhängigkeit des Richters gewahrt wissen. (Beifall.)

Abg. Krüger (Socialdem.) erklärt sich als Gegner der Vorlage. Selbst bei politischen Prozessen erscheine die Öffentlichkeit der Urtheilsverkündung notwendig. Ganz besonders bei der jetzigen Handhabung des Sozialistengesetzes, wo man überall eine Gefährdung des Staat oder Gesellschaft erblickt, könne die Öffentlichkeit nicht entbehrt werden. Die Bestimmung, daß es selbst dem Angeklagten selbst verboten werden könne, etwas über die Gerichtsverhandlung mitzutheilen, sei ganz unannehmbar. Sollte etwa der Angeklagte nicht seine Angehörigen vor einem Zeugen, der fälschlich Aussagen gemacht habe, etwa vor einem Polizeispion warnen dürfen? Im Bundesvertragsprozeß gegen die Frankfurter Sozialisten habe man an dem Polizeispion Dorst gesehen, in welcher Weise diese Leute ihre Aufgaben machen. Wer sich zu solchen Spionagen herbeigebe, dürfte zu einer gerichtlichen Zeugenaussage überhaupt nicht zugelassen werden. Diese Gesichtspunkte müßten in der Kommission wohl erwogen werden.

Abg. Klotz (Hr.): Ich hatte diesen Gesetzentwurf für den ersten Versuch, unser auf Mündlichkeit und Öffentlichkeit beruhendes Gerichtsverfahren zu erschüttern. So unvollständig der Eingriff auch auf den ersten Blick erscheint, es bedeutet doch einen tiefen Eingriff in das Prinzip der Öffentlichkeit, wenn nur die Urtheilsformel, nicht auch die Begründung publiziert wird; denn der Tenor giebt in keiner Weise ein fahres Bild, warum, nachdem heimlich verhandelt worden ist, gerade das betreffende Urtheil zu Stande gekommen ist. Man bedenke doch, es handelt sich ja nicht nur um Verurtheilungen, sondern auch um Freisprechungen, und gerade in diesen Fällen wird es für den Angeklagten von besonderem Werthe sein, nachdem heimlich gegen ihn verhandelt worden ist, bekannt werden zu lassen, aus welchen Gründen seine Freisprechung erfolgt ist. Das Urtheil gewinnt erst wirkliche, thatsächliche Bedeutung, wenn mit dem Tenor das Urtheil auch die Gründe veröffentlicht werden. Für uns alte Richter liegt in der Öffentlichkeit auch bei der Urtheilsverkündung die Kontrolle für das Publikum, daß auch der Richter alle Thatfachen, die sich herausgestellt haben, richtig erwogen hat. Die Parallele des Kollegen Rintelen mit den Geschworenengerichten paßt nicht, denn dort liegt die Garantie für die Wahrnehmung der Interessen des Angeklagten darin, daß er als Richter Männer aus dem Volke hat. Wir sind also wegen dieser Erschütterung und Durchbrechung des Prinzips der Öffentlichkeit und Mündlichkeit, welche hier angebahnt werden, entschiedene Gegner des Entwurfs von Anfang an.

Anßerdem ist zu beachten, daß es doch in vielen Fällen, namentlich auch, wenn es sich um Anterzeihen handelt, von höchstem Interesse für den Angeklagten sein kann, daß bestimmte Personen zu den Verhandlungen zugelassen werden. In dieser Beziehung begreife ich den Vorschlag des Herrn Abg. Meyer (Zeno) mit Freuden, daß er wenigstens hier die Entscheidung nicht in die Hände des Vorsitzenden allein gelegt, sondern dem Gerichtshof überlassen werden soll. Wie sollen Sie es fern von einem Angeklagten, dem ja doch das Urtheil mit allen Gründen übermittelbar werden muß, verweigern, diese Gründe in seinem eigenen Interesse möglichst bekannt zu machen? Soll es dem Verteidiger nicht möglich sein, bei Revisionen die Urteilsgründe möglichst im Interesse seines Klienten zu verwerthen? Das Gesetz, wie es hier ist, ist unannehmbar. Ferner ist zu bedenken, daß ein Beschluß über eine Verhandlung, bezüglich der in einzelnen Theilen die Öffentlichkeit ausgeschlossen gewesen ist, und infolgedessen diese Theile in der Urtheilsbegründung übergegangen werden müssen. Wie sollen Sie die Anfrage erheben gegen Personen, welche gegen dieses Gesetz verstoßen haben, ohne nicht selbst den mit Still-schweigen zu übergehenden Theil zu publizieren? Auf der einen Seite wollen Sie das Geheimnis bewahren und geben andererseits Bestimmungen, welche mit Nothwendigkeit zur Veröffentlichung des Geheimnisses führen müssen. Was die geschäftliche Behandlung anlangt, so bin ich mit der kommissarischen Vorbereitung einverstanden, mögen Sie nun eine Kommission von 14 oder 21 Mitgliedern wählen.

Wirklicher Legationsrath Kaiser: Gegenüber den Ausführungen der letzten Herren Vorredner, habe ich den Standpunkt des ausländischen Nuntius zu vertreten. Ich meine, daß wenn es sich darum handelt, ob mehr die Rechte der Einzelnen oder die des Staates geschützt werden sollen, dann die Wahl nicht schwer sein wird. Namentlich möchte ich den status causae et controversiae dahin resumiren, daß man meint, es sei das Prinzip der Öffentlichkeit durch den Gesetzentwurf in Gefahr gebracht. Nach wie vor bleiben die Gründe, aus denen die Öffentlichkeit ausgeschlossen sein soll, dieselben; nach wie vor bleibt es dem Gericht überlassen, wann es die Öffentlichkeit ausschließen will. Es handelt sich bloß um die Nothwendigkeit, dem Beschluß eine größere Wirksamkeit zu geben. Die Nothwendigkeit dazu hat sich gerade auf dem Gebiete des auswärtigen Verkehrs ganz vorzugsweise gezeigt. Wir haben gefunden, daß durch die Vermittlung der Urtheilsgründe in öffentlichen Sitzungen das ganze Verfahren in noch in einer sehr hübschen und feierlichen Weise coram publico bekannt gegeben wird. Der Vertheiler ist nach der Staatsprozedur in einer gewissen

Spannweite; er muß entweder das ganze Urtheil, welches schriftlich festgestellt ist, vorlesen oder alle Gründe desselben mündlich angeben. Wie haben wir weiter gefunden, daß bei Staatsbeamten ein Motiv zur Anterzeihenheit vorliegt, bei allen anderen Faktoren aber, die bei den Verhandlungen betheiligt sind, die Kelung vorliegt, darüber zu reden und auch zu schreiben. So kann Fälle annehmen, wo gerade in einem Bundesvertragsprozeß, obwohl das Gericht die Öffentlichkeit ausgeschlossen hätte, obwohl seine Bericht-erstattung für die Presse zugelassen waren, doch während des Verlaufs des Prozesses ganz genau der Gang desselben in den bürgerlichen Zeitungen und anderen Blättern erschienen ist. Durch derartige Veröffentlichungen wird der fremden Spionage ganz genau bekannt, was ihr zum Vortheil und dem deutschen Reich zum Schaden gereicht. Einerseits ist es bekannt, daß die Agenten, deren sich die fremden Auftragsgeber bedienen, sehr häufig auch unter anderen richtigen Nachrichten unzuverlässige mittheilen, auch solche, die mehr Ausfluß ihrer Phantasie sind, als der Wirklichkeit entsprechen, und zwar einfach aus dem Grunde, weil diese Agenten um so besser bezahlt werden, je mehr Nachrichten sie ihren Auftraggebern bringen. Nun ist es ihren Auftraggebern außerordentlich schwierig, die Angaben dieser Agenten zu kontrollieren; sie können es nur mit Anwendung außerordentlicher Zeit und Mühe. Wenn durch die öffentliche Verkündung der Urtheilsgründe werden gerade die fremden Auftraggeber sehr genau unterrichtet darüber, wie die Nachrichten der Agenten nun beschaffen waren. Sie können geradeaus den Verhandlungen eine Kontrolle ausüben. Dabei ist es durchaus unmissverständlich, ob etwa der Gerichtshof in einem solchen Urtheile bei der Verkündung der Gründe genauere Details gegeben hat, oder ob er nur Andeutungen gemacht hat. Denn was dem Valen vielleicht zusammenhanglos erscheint, ist für den Sachverständigen oft ein sehr genauer Bericht. Die fremden Auftraggeber der Spionage merken aber auch aus dem Gang der Verhandlungen, daß wir einen Einblick haben in den Gang der Verhandlungen, die sie getroffen haben, um die Einrichtungen unseres Heeres, unserer Marine, unserer Ausrüstung u. s. w. auszunutzen. Das Gericht hat ja in jedem einzelnen Falle zu prüfen und genau zu erörtern, ob ein vollkommener Landesverrath vorliegt oder nur ein veruacht oder kein von beiden. Alle diese Dinge erfahren aber diese fremden Agenten und ziehen daraus ihre Schlüsse, und diese werden auf das Beste von den Auftraggebern derselben verwertet. Die fremde Spionage erfährt aber auch gleichzeitig, welches Mittel unsere Untersuchungsbehörden, welches Mittel sich das Deutsche Reich zur Abwehr bedienen, und auf diese Weise kann wiederum die fremde Spionage unser Verteidigungssystem lähmen und uns nötigen, zu Änderungen desselben zu greifen, und das alles unter außerordentlichen Kosten und Mühen. Dazu kommt noch, daß gerade durch diese Erörterungen des Gerichts, welche sich auf die einzelnen Punkte in den Verhandlungen beziehen, diese Spione unterrichtet werden, wie sie es zu machen haben, um auszuschnüffeln zu können und doch mit dem Mantel des Geheims sich zu bedecken.

Das sind die hauptsächlichsten Gesichtspunkte, welche vom Standpunkte der äußeren Sicherheit aus für das Auswärtige Amt maßgebend gewesen sind, um die Aufstellung dieses Gesetzentwurfs anzuregen. Ganz dieselben Gesichtspunkte würden aber auch maßgebend sein, um die Freisprechung zu rechtfertigen vom Standpunkte der inneren Sicherheit aus. Gestatten Sie mir, auf diesen Punkt einen Augenblick einzugehen, weil der vorstehende Redner eine Aeußerung hier gemacht hat, von der ich glauben muß, daß man sie nicht unbedacht lassen kann. Er hat darauf hingewiesen, daß es notwendig wäre, allen denjenigen Personen, welche mit der Aufstellung von Thatsachen sich befassen, das Recht zu nehmen, vor Gericht Zeugnis auszusagen. Wenn ein solches Gesetz proklamirt würde, so würden wir gewiß ein Quantum in der ganzen Verbrecherwelt erregen. Denn nicht nur die Spione müßten ausgeschlossen werden, sondern auch die Kriminalbeamten, die Staatsanwälte, Untersuchungsrichter etc. Der Redner hat aber auch über die Beamten, deren sich die Polizei zur Ermittlung strafbarer Handlungen bedienen muß, ein Urtheil ausgesprochen, von dem ich überzeugt bin, daß es die Zustimmung der großen Mehrheit dieses Hauses nicht finden wird. Ich muß wohl wieder zurückgehen auf die Thatsache, daß ein plötzlicher Beamter in einer Weise charakterisirt wird, die, wenn es außerhalb des Hauses geschehe wäre, oder sich gegen ein Mitglied dieses Hauses richtete, eine Verfolgung oder schärfste Mäße nach sich ziehen würde. Es besteht dieselbe Nothwendigkeit, für die innere Sicherheit zu sorgen wie für die äußere. Ich darf mich darauf berufen, daß das höchste Gericht des deutschen Reichs aber diese Personen, deren die Staatsbehörde sich bedienen muß, in sehr anerkennender Weise sich ausgesprochen hat. Gerade in dem vom genannten Redner erwähnten Prozeß hat das Reichsgericht gesagt, daß der Angeklagte in der That bekundet ist, daß gegenüber einem Unternehmen dieser Art die Benutzung von Personen zur Aufklärung der That-sachen notwendig sei, und gegenüber dieser Anerkennung glaube ich, wird man es nicht für zureichend erachten können, wenn sie hier vor dem Reich in solcher Weise bloßgestellt werden. Ich bin in der Lage, Ihnen nach den verschiedenen Seiten hin über diese Punkte Material zu bieten, ich glaube nur, daß diese Stelle nicht der Ort sein würde, dies zu thun. Aber ich bin ermüdet worden, in der Kommission über alle diese Punkte den nöthigen Aufschluß zu geben, und ich freue mich, daß das Haus, wie ich merke, allgemein geneigt ist, den Gesetzentwurf einer Kommission zu überweisen. Deshalb glaube ich, auf die einzelnen Punkte hier nicht näher eingehen zu können. (Beifall.)

Abg. Krüger: Ich habe nur über solche Personen geredet, die ein Gewerbe daraus machen, falsche Nachrichten zu verbreiten. Unzulässige Aeußerungen gegen Beamte habe ich nicht gemacht, sondern nur einen Ausbruch des Reichsfanzlers gebraucht aus der Zeit, wo er noch in Frankfurt war. Da sprach er auch in einem Briefe von den falschen Aussagen bezüglicher Polizeigefanten. Ich wollte hiermit nur zurückweisen, daß der Regierungskommissar Unterstellungen macht, die wahrscheinlich daraus entspringen, daß er mich falsch verstanden hat.

Hierauf wird der Entwurf an eine Kommission von 14 Mitgliedern überwiesen.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Nächste Sitzung: Montag 1 Uhr. (Nicht der zweiten Staatsberatung.) Schluß 3½ Uhr.

Preussischer Landtag.

Verordnungen.

6. Sitzung vom 18. März.
1 Uhr. Am Ministerliche: Justizminister Dr. Friedberg.
Das Präsidium wird erwachtigt, Sr. Majestät dem Kaiser zum 90. Geburtstag die Glückwünsche des Herrenhauses auszusprechen. Gefolgt ist seit der letzten Sitzung der Regierungspräsident a. D. und königliche Kammerherr Freiherr Hans von Hardenberg. Das Haus ehrt sein Andenken in der üblichen Weise. Das Haus tritt darauf in die Tagesordnung, deren erster Gegenstand die Beschlußfassung über die geschäftliche Behandlung des Antrages v. Kleist-Retzow und Genossen, betreffend größere Selbständigkeit der evangelischen Kirche, dadurch erledigt wird, daß er eben so wie der Gegenantrag des Grafen Stolberg an eine besondere Kommission von 15 Mitgliedern verwiesen wird.
Der Gesetzentwurf betreffend das Verfahren und das Kostenwesen bei der Güterkonsolidation im Regierungsbezirk Westfalen und Ausnahme des Kreises Bielefeld wird durch die Kreisordnung vom 7. Juni 1885 mit dem Regierungsbezirk Westfalen vereinigen Gemeinden wird in der vom Abgeordnetenhaus vorgeschlagenen Weise unverändert angenommen, ebenso der Gesetzentwurf betreffend die Aufhebung mehrerer älterer Verordnungen über das Generalzinswesen in der Provinz Schlesien.

Die Nachrichten von der Verwaltung der preussischen Staats-Bergwerke, -Hütten und -Salinen während des Jahres 1885/86 werden durch Kenntnissnahme erledigt, ebenso der Reichsantrag, betreffend die Verwertung der flüssig gemachten Bestände der im § 94 der Hinterlegungsordnung vom 14. März 1879 gelegenen Fonds und der im § 95 Absatz 1 desselben erwähnten Gelder für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1886, sowie der achtunddreißigste Bericht der Staatsschuldenkommission, betreffend die Verwaltung des Staats-Schuldenwesens im Rechnungsjahre von 1. April 1885/86.

Während der Beratung über diese Gegenstände erscheint Fürst von Bismarck im Hause und nimmt am Ministerliche Platz.
Zum Schluß erledigt das Haus einige Petitionen ohne prinzipielles Interesse den Anträgen der Petitionskommission gemäß.
Bei der Vertagung des Magistrates zu Halberstadt, der Direktoren preussischer Oberrealschulen, des Magistrates zu Gleiwiß und des Magistrates zu Breslau um Aufhebung des Ministerial-Erlasses vom 6. Juli 1886, durch welches den Abiturienten der Oberrealschulen die Berechtigung zum Staatsexamen im Bau- und Maschinenfache von 1889 ab entzogen ist, liegt entgegen dem Kommissionsantrage auf Uebergang zur Tagesordnung ein Antrag des Ober-Bürgermeisters Friedensburg vor, diese Petitionen der königl. Staatsregierung zur Berücksichtigung zu überweisen. Regierungskommissar Geh. Regierungsrath Schulz bittet das Haus, dem Kommissionsvorschlage Folge zu geben.
Das Haus beschließt nach längerer Debatte demgemäß.
Schluß 4½ Uhr. Nächste Sitzung: Sonnabend 12 Uhr. (Kleinere Vorlesung und Stat.)

Antliche Nachrichten.

Sr. Majestät der König haben Allergnädigst geruht:
dem Ober-Regierungs-Rath Deichmann zu Breslau den Orden des Ritters des Ordens zweiter Klasse mit Eichenlaub; dem Sanitäts-Rath und Kreis-Physikus Dr. Reiche zu Kassel, dem Topographen von Reichenbach bei der Landesaufnahme, dem Major a. D. und Postdirektor a. D. von Seydlitz und Kurzbach-Ludwigsdorf zu Königsberg i. Pr. und dem Ober-Regierungsrath a. D. Krüger zu Königsberg i. Pr. den Rother Adler-Orden vierter Klasse; dem Herrscher a. D. König zu Kronenbagen im Kreise Mitlein, dem Eisenbahn-Zugführer a. D. Geyer zu Dortmund, dem Gerichtsdiener und Gefangenenaufseher Ingwersen zu Friedland im Kreise Schleierg, dem Postmeister a. D. Dieck zu Bismarck im Kreise Breslau, dem Postmeister a. D. Tolle zu Hannover, dem Postschaffner a. D. Heide zu Georgenthal bei Gotha, dem Landbriefträger a. D. Focke zu Kallrin und dem Landbriefträger a. D. Jaensch zu Lagow im Kreise Osternberg das Allgemeine Ehrenzeichen; sowie dem Gemeindevorsteher und Eigenhümer Steinke zu Gora im Kreise Blomberg, dem Mühlenbesitzer Georg König zu Heubendorf im Kreise Ravensburg i. W. und dem Zimmergesellen Heinrich Heits zu Guden die Rettungsmedaille am Bande zu verleihen.

Sr. Majestät der König haben Allergnädigst geruht:
zu der von Sr. Hoheit dem Fürsten von Hohenzollern beschlossenen Verleihung von Ehrenkreuzen etc. des fürstlich hohen-zollerischen Haus-Ordens Albrechts-Ordens Genehmigung zu ertheilen, und zwar: des Ehrenkreuzes erster Klasse: an Albrechts-Ordens-Verleihung, den General-Staffelkapitän der Armee und Chef des Sanitäts-Korps, Wirklichen Geheimen Ober-Medizinalrath und Professor Dr. v. Rauer, an den General-Lieutenant v. Winterfeld, Kommandeur der Garde-Kavallerie-Division, an den General-Major v. Blomberg, Kommandeur der 39. Infanterie-Brigade, und an den General-Major von der Eschau, Kommandeur der 18. Infanterie-Brigade; des Ehrenkreuzes zweiter Klasse: an den Obersten v. Boguslawski, Kommandant des hochansehlichen Kaiser-Regiments Nr. 40, und an den königlich-russischen Obersten Obedianu, Kommandanten von Bataillon; des Ehrenkreuzes dritter Klasse: an den Major von Ragner, an den Hauptmann Freiherrn von Eyndorf und an den Second-Lieutenant von Hopffgarten, sämtlich im 1. Garde-Regiment a. R., und an den Hauptmann Stamm im hochansehlichen Kaiser-Regiment Nr. 40; der goldenen Ehren-Medaille: an den Militär-direktor und Staatskonsulats-Vize in 1. Garde-Regiment a. R.; sowie der silbernen Verlehnungs-Medaille: an den Bürgermeister Küß zu Ahberg in Hohenzollern.

Königreich Preußen.

Sr. Majestät der König haben Allergnädigst geruht:
zu genehmigen, daß der Regierungs-Präsident Rothe in Danzig in gleicher Untergeordnet auf die Regierung in Kassel verlegt werde; sowie den Landgerichts-Rath Schmidt in Glogau zum Ober-Landesgerichts-Rath in Posen, die Gerichts-Ässessoren Moeder, Tiedler, Hirschberg, Dr. jur. Ferdinand Moritz Richter und Bloß zu Landsberg, und den bisherigen ordentlichen Professor Dr. Hubert Ludwig in Gießen zum ordentlichen Professor in der philosophischen Fakultät der Universität Bonn zu ernennen.

Der Rechtsanwalt Deutschbein in Kulsheim ist zum Notar für den Bezirk des Ober-Landesgerichts zu Marienwerder, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Kulsheim, der Rechtsanwalt Menzel in Wladislaw zum Notar für den Bezirk des Ober-Landesgerichts zu Breslau, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Wladislaw, und der Rechtsanwalt Heidreiter in Wladislaw zum Notar für den Bezirk des Ober-Landesgerichts zu Königsberg, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Wladislaw, ernannt worden.

Telegraphische Depeschen.

Continental-Telegraphen-Gesellschaft (früher Wolff's Telegraphisches Bureau).

Telegr., Freitag, 18. März. Der Lloyd-Dampfer „Baltica“ ist gestern Vormittag aus Konstantinopel hier eingetroffen.

Frankfurt a. M., Freitag, 18. März, Nachmitt. 2 Uhr 30 Min. (Schluß-Konferenz).

	20.40	20.37	Unif. Ägypter	73.70	73.30
Panamer. Wechsel	80,366	80,375	Neue Türken	13,80	13.70
Ägypter	159,60	159.35	Ägypt. Wechsel	214.50	214.50
Ägypt. Wechsel	105,60	105.60	Central-Pacific	114.30	114.30
Ägypt. Silber	65,00	64.60	Kanagosen	193	192.3
Ägypt. Silber	64,00	63.90	Kanagosen	162½	162½
Ägypt. Silber	64,00	63.90	Ägypt. Silber	98,10	97.80
Ägypt. Silber	118,20	118.10	Ägypt. Silber	94,30	94.10
Ägypt. Silber	272,60	271.90	Ägypt. Silber	72½	72½
Ägypt. Silber	60,70	60.10	Ägypt. Silber	153,10	153.10
Ägypt. Silber	212,90	213.00	Ägypt. Silber	190½	192½
Ägypt. Silber	96,60	96.50	Ägypt. Silber	227	225½
Ägypt. Silber	80,90	80.80	Ägypt. Silber	138,50	138.00
Ägypt. Silber	56,20	56.10	Ägypt. Silber	95,20	95.00
Ägypt. Silber	55,70	55.50	Ägypt. Silber	135,00	134.30
Ägypt. Silber	64,40	64.10	Ägypt. Silber	135,00	134.40

Neue Serben 81,10, Neue Serben 59,90, portugiesische Anleihe 90,90. Nach Schluß der Börse: Kreditanleihe 226½, Ägypten 192½, Oesterreich 162½, Lombarden 72½, Ägypten 73,50, Diskonto-Komm. 195,00.

Wien, Freitag, 18. März. Petroleum (Schlußbericht) gest. Standard white loco 5,90 bez. u. Br.

Breslau, Freitag, 18. März. Rabun. Eufstos. C. v. 17.

	159,45	159,45	3½ % R.R.R.	96,85	96.85
Deut. Banknoten	181,50	182,30	Deut. Diskontobank	90,00	90.00
Deut. Banknoten	80,35	80,25	Deut. Wechselbank	96,50	96.10
Deut. Banknoten	80,75	80,75	Kreditanleihe	469,50	468,50
Deut. Banknoten	94,40	94,37	Schle. Bankvereln	105,00	104,60
Deut. Banknoten	55,90	56,20	Donnersmarthütte	38,75	39,60
Deut. Banknoten	96,50	96,50	Donnersmarthütte	76,25	76,35

Wien, Freitag, 18. März. Anweisung der österreichisch-ungarischen Bank vom 15. März: 342 800 000 Abn. 400 000 fl.

Wien, Freitag, 18. März. Anweisung der österreichisch-ungarischen Bank vom 15. März: 342 800 000 Abn. 400 000 fl.

Wien, Freitag, 18. März. Anweisung der österreichisch-ungarischen Bank vom 15. März: 342 800 000 Abn. 400 000 fl.

Wien, Freitag, 18. März. Anweisung der österreichisch-ungarischen Bank vom 15. März: 342 800 000 Abn. 400 000 fl.

Wien, Freitag, 18. März. Anweisung der österreichisch-ungarischen Bank vom 15. März: 342 800 000 Abn. 400 000 fl.

Wien, Freitag, 18. März. Anweisung der österreichisch-ungarischen Bank vom 15. März: 342 800 000 Abn. 400 000 fl.